

Vertrag

zwischen

der Bundesrepublik Deutschland

vertreten durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales,

dieses vertreten durch die Präsidentin

der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin,

Friedrich-Henkel-Weg 1 – 25

44149 Dortmund

-- Auftraggeberin –

und

- Auftragnehmerin –

wird folgender Vertrag

**über die arbeitsmedizinische und personalärztliche Betreuung am Standort in
Dortmund geschlossen:**

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

Präambel	3
§ 1 Gegenstand des Vertrags.....	3
§ 2 Bestandteile des Vertrags	4
§ 3 Laufzeit.....	4
§ 4 Honorar	4
§ 5 Preisanpassung.....	6
§ 6 Rechnungen	6
§ 7 Datenschutz und Geheimhaltung	8
§ 8 Besondere Aufgaben der BAuA.....	10
§ 9 Einsatzzeit	11
§ 10 Klärung von Fragen in der Vertragserfüllung und Ansprechpersonen	12
§ 11 Terminstornierung und -verschiebung	12
§ 12 Vertragsstrafe	13
§ 13 Haftung.....	13
§ 14 Kündigung	14
§ 15 Schlussvorschriften	14

- Anschreiben und vergaberechtliche Hinweise (Anlage 1)
- Preisblatt (Anlage 1a)
- Leistungsbeschreibung (Anlage 2)
- Eigenerklärung und Unternehmensangaben (Anlage 3)
- Eigenerklärung VO 2022-576 (Anlage 3a)
- Angebotsanschreiben des Bieters (Anlage 3b)
- Bewertungsmatrix Eignung (Anlage 4)
- Bewertungsmatrix Leistung (Anlage 4a)
- Ermittlung wirtschaftlichstes Angebot (Anlage 5)
- BAuA ZAV (Anlage 6)
- Fremdfirmenordnung (Anlage 7)
- DSGVO (Anlage 8)
- Toms-DSGVO (Anlage 9)
- Mustervereinbarung Auftragsverarbeitung (Anlage 10)
- Unternehmensdaten (Anlage 11)
- Angabe von Referenzen (Anlage 12)
- Informationspflicht nach § 11 VGV (Anlage 13)
- Vertrag Muster (Anlage 14)

Präambel

In den Verwaltungen und Betrieben des Bundes ist gemäß § 16 des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (ASiG) vom 12. Dezember 1973 (BGBl. I Seite 1885), zuletzt geändert durch Art. 3 Abs. 5 des Gesetzes vom 20. April 2013 (BGBl. I S. 868), ein den Grundsätzen dieses Gesetzes gleichwertiger arbeitsmedizinischer und sicherheitstechnischer Arbeitsschutz zu gewährleisten. Diese Vorgabe wird durch die Allgemeine Verwaltungsvorschrift für die betriebsärztliche und sicherheitstechnische Betreuung in den Behörden und Betrieben des Bundes (BsiB-AVwV) konkretisiert. Die Aufgaben werden durch die Auftragnehmerin im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) durchgeführt.

Die Auftragnehmerin übernimmt auf der Grundlage der nachfolgenden Vereinbarung sämtliche betriebsärztlichen Aufgaben im Sinne des ASiG, konkretisiert durch die BsiB-AVwV. Neben den arbeitsmedizinischen Aufgaben erbringt die Auftragnehmerin zusätzlich die in diesem Vertrag vereinbarten personalärztlichen Leistungen.

Die für die Erbringung der Leistung benötigten bzw. durch die Auftragnehmerin erstellten Akten sind Eigentum der BAuA. Die Akten werden der Auftragnehmerin nur zur Erbringung der Leistung zur Verfügung gestellt.

§ 1 Gegenstand des Vertrags

(1) Gegenstand des Vertrags ist die Durchführung der arbeitsmedizinischen und personalärztlichen Betreuung der Beschäftigten der BAuA gemäß ASiG, BsiB-AVwV und verbundenen Rechtsvorschriften durch die Auftragnehmerin im Auftrag der BAuA am Standort Dortmund.

(2) Der detaillierte Leistungsumfang ergibt sich aus der Leistungsbeschreibung (Anlage 2) und allen weiteren Anlagen 3-13 und dem Angebot der Auftragnehmerin.

§ 2 Bestandteile des Vertrags

Die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien ergeben sich aus folgenden Bestandteilen des Vertrags in der nachfolgend genannten Geltungsreihenfolge:

- a.) diesem Vertrag
- b.) der Leistungsbeschreibung inklusive der Anlagen XX-XX
- c.) das Angebot der Auftragnehmerin vom XX.XX.XX einschließlich der eingereichten Preisblätter (Anlage 1a)
- d.) Zusätzliche Allgemeine Vertragsbedingungen ZAV
- e.) den Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen VOL/B in der Fassung vom 05.08.2003

§ 3 Laufzeit

- (1) Der Vertrag wird für die Zeit vom **01.08.2026** bis zum **31.07.2027**, mit der Möglichkeit diesen **um ein Jahr zu** verlängern, geschlossen. Die Ausführung der vertraglich geschuldeten Leistungen beginnt ab **01.08.2026**. Ein Anspruch auf Vergütung besteht erst ab Ausführung der geschuldeten Leistungen.
- (2) Nach Ablauf der Laufzeit endet der Vertrag, ohne dass es einer gesonderten Kündigung von Seiten der Auftraggeberin bedarf. Es gelten die in diesem Vertrag vereinbarten Abwicklungsregelungen (§ 7 Absatz 10).
- (3) Sollten bei Beendigung des Vertrags Leistungen aus diesem Vertrag nicht oder nicht vollständig erbracht sein, bleibt die Auftragnehmerin verpflichtet, diese Leistungen gegen die vereinbarte Vergütung vollständig zu erbringen.

§ 4 Honorar

- (1) Die Abrechnung der Einsatzzeiten der betriebsärztlichen Betreuung und Beratung nach ASiG und ArbSchG erfolgt nach dem im Preisblatt festgelegten Stundensatz. Die kleinste abrechenbare Einheit beträgt 15 Minuten.

Die Abrechnung der arbeitsmedizinischen Vorsorgen nach ArbMedVV sowie der personalärztlichen Leistungen erfolgt pauschal nach den im Preisblatt aufgeführten Festpreisen unter Aufführung der erbrachten Leistung.

Maßnahmen nach anderen Rechtsvorschriften werden nach den aus dem Preisblatt ersichtlichen Festpreisen unter Aufführung der erbrachten Leistung abgerechnet.

Weitere Schutzimpfungen außerhalb des arbeitsmedizinisch erforderlichen Umfangs

werden nach den aus dem Preisblatt ersichtlichen Festpreisen unter Aufführung der erbrachten Leistung abgerechnet. Eine Aktenübernahme zu Beginn und eine Aktenabgabe zum Ende des Vertrags werden nicht gesondert vergütet.

(2) Impfungen (Applikation und Impfstoff) sind nach Preisblatt abzurechnen. Die Preise im Preisblatt gelten für jeweils eine Impfdosis. Beratungen im Zusammenhang mit den Impfungen sowie die Vorhaltung der erforderlichen Notfallausstattung sind im Festpreis für die Impfung enthalten. Ebenso sind die Kosten für die Beschaffung und ordnungsgemäße Lagerung sowie Transport der Impfstoffe im Festpreis für den Impfstoff enthalten. Die Kosten für den Impfstoff werden gesondert vergütet. Die Kosten für die Dokumentation sind in die Position "Preis für die Durchführung einer Impfung" einzupreisen.

(3) Die Beratung der BAuA hinsichtlich von Maßnahmen zur Gesundheitsförderung durch den Arzt/ die Ärztin ist Bestandteil des Vertrags. Die eventuell hieraus resultierenden Maßnahmen zur Gesundheitsförderung sind mit der Auftragnehmerin abzustimmen. Sie sind nicht Bestandteil dieses Vertrags.

(4) Personalärztliche Leistungen, die nicht von Buchstabe C, der Leistungsbeschreibung erfasst sind, müssen ebenfalls zwischen der BAuA und der Auftragnehmerin schriftlich vereinbart werden. Die Abrechnung dieser Leistungen erfolgt nach GOÄ unter Zugrundelegung des 1,0fachen Berechnungssatzes zuzüglich Umsatzsteuer. Leistungen, die nicht von der GOÄ erfasst sind, werden nach dem Stundensatz für die betriebsärztliche Betreuung vergütet.

(5) Wegezeiten und Anfahrtskosten der Ärztinnen und Ärzte der Auftragnehmerin und des Assistenzpersonals werden nicht vergütet. Davon abweichend sind von der BAuA veranlasste Dienstreisen von dieser gesondert nach dem Bundesreisekostenrecht (ausgenommen große Wegstreckenentschädigung) zu erstatten. Die dabei anfallenden Reisezeiten sind mit den Reisekosten abgegolten.

(6) Kosten für Fortbildungsmaßnahmen, die speziell für die Betreuung der BAuA erforderlich sind, können geltend gemacht werden.

(7) Mit den vereinbarten Vergütungssätzen sind sämtliche Ansprüche der Auftragnehmerin abgegolten. Fragen zu Abrechnungen, Terminabstimmungen von Einzelterminen und Verbleib von Untersuchungsergebnissen werden nicht gesondert vergütet. Sofern die Koordination von Terminen von der BAuA auf die Auftragnehmerin

übertragen wird, kann dieser Zeitaufwand mit dem Stundensatz für Fachpersonal im Rahmen der interdisziplinären Betreuung abgerechnet werden.

§ 5 Preisanpassung

Es bleibt beiderseits vorbehalten, nach Ablauf des zweiten Vertragsjahres auf Antrag einmal jährlich die Preise anzupassen. Die Erhöhung darf dabei maximal 3% betragen. Zur Begründung sind geeignete Nachweise mit dem Antrag vorzulegen.

§ 6 Rechnungen

(1) Die Auftragnehmerin erstellt Rechnungen in jeweils 2facher Ausfertigung über die arbeitsmedizinischen, personalärztlichen und beihilfemäßigen Leistungen. Sie übersendet die Rechnungen über die arbeitsmedizinischen und personalärztlichen Leistungen zur Feststellung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit an die benannten Ansprechpersonen (§ 8 Abs. 3) der BAuA. Die Rechnungsadressen werden der Auftragnehmerin seitens der BAuA ebenfalls mitgeteilt. Die BAuA empfängt elektronische Rechnungen über die Onlinezugangsgesetz-konforme Rechnungseingangsplattform OZG-RE. . Alle notwendigen Informationen zu Registrierung, Übermittlungswegen und Nutzungsbedingungen finden Sie hier: <https://xrechnung.bund.de>. Die Leitweg-ID der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) lautet: 991-14154-78 (siehe beigefügten Bestellschein).

(2) Die Rechnungen enthalten folgende Angaben:

a) Arbeitsmedizinische Leistungen:

Werden Beschäftigte im Rahmen der Sprechstunden beraten, so erfolgt keine Nennung des Namens.

ii. Beauftragung auf Veranlassung der BAuA anhand von Anlage „Untersuchungsauftrag“: Namen des/der nach Buchstabe A. der Leistungsbeschreibung untersuchten Beschäftigten, die erbrachte Leistung (z. B. Arbeitsplatzbegehung, arbeitsmedizinische Vorsorge), Datum und Dauer der Leistungserbringung, Namen des/der Arztes/Ärztin der Auftragnehmerin sowie Nennung des Aktenzeichens, USt nach der jeweiligen gesetzlichen Regelung.

- b) in Fällen personalärztlicher Untersuchung aufgrund dienstlicher Anordnung (z. B. Einstellung, Verbeamtung): Angabe des Namens und Vornamens der untersuchten Person und Untersuchungsart mit Datum, Name des/der Arztes/Ärztin der Auftragnehmerin sowie das Datum des jeweiligen Auftragsschreibens mit Nennung des Aktenzeichens.
- c) in den Fällen der Untersuchungsaufträge durch Beihilfestellen (z.B. Sanatoriums-aufenthalt): Name des/der Beihilfeberechtigten bzw. des/der berücksichtigungsfähigen Angehörigen, der Leistungsart mit Datum, des Namens des/der Arztes/Ärztin der Auftragnehmerin sowie das Datum des jeweiligen Auftragsschreibens mit Nennung des Aktenzeichens.
- d) in den Fällen der zwischen der BAuA und der Auftragnehmerin zusätzlich vereinbarten Leistungen innerhalb des Vertrags:

Zusätzlich zu den Angaben nach Abs. 2 b Bezugnahme auf den Einzelauftrag.

(3) Die erbrachten Leistungen sind quartalsweise in Rechnung zu stellen.

(4) Die Zahlung der Rechnungsbeträge erfolgt spätestens 30 Tage nach Eingang einer prüffähigen Rechnung. Rechnungen, die im 4. Quartal der Auftraggeberin nicht bis Ende November vorliegen, können erst im 1. Monat des Folgejahres beglichen werden. Maßgebend für die Rechtzeitigkeit von Zahlungen ist der Tag der Hingabe des Überweisungsauftrages an das Geldinstitut. Im Übrigen gelten die Allgemeinen Vertragsbedingungen ZAV.

(5) Im Falle von erforderlichen Facharztuntersuchungen, die die Auftragnehmerin nicht selbst erbringen kann, haben die Ärztinnen und Ärzte der Auftragnehmerin die/den Beschäftigten an eine/n geeignete/n Fachärztin/Facharzt zur weiteren Untersuchung zu überweisen. Soweit dadurch außergewöhnliche Kosten anstehen, sind diese vor Beauftragung mit der BAuA abzuklären. Die Auftragnehmerin rechnet anschließend die Facharztleistung unter Vorlage der Rechnung mit der BAuA ab.

(6) Die Rechnungen und die sachlich dazugehörigen Unterlagen sind bei der Auftragnehmerin getrennt von anderen Vorgängen zu verwahren.

(7) Die Auftragnehmerin hat der Auftraggeberin jährlich kostenlos bis zum 20.02. eines Jahres und zum Stichtag des Vertragsendes für den Berichtszeitraum (01.01. – 31.12. des Vorjahres) eine nach arbeitsmedizinischer Betreuung und personalärztlicher Betreuung differenzierte Gesamtübersicht aller Umsätze in einem gängigen Dateiformat (bspw. Excel oder PDF) zu statistischen Zwecken per Mail zuzuleiten.

§ 7 Datenschutz und Geheimhaltung

(1) Die Auftragnehmerin ist verpflichtet, über alle ihr im Zusammenhang mit diesem Vertrag zur Kenntnis gelangten dienstlichen Angelegenheiten der BAuA Stillschweigen gegenüber Dritten zu bewahren.

(2) Bei der Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten trägt die Auftragnehmerin Sorge für einen Art. 28 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO, Verordnung 2016/679 vom 27.04.2016, veröffentlicht am 04.05.2016 im Amtsblatt der Europäischen Union) entsprechenden Datenschutz. Auf Ziffer 2.4 der Leistungsbeschreibung sowie auf die Anlage „Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung“ wird verwiesen.

(3) Die Auftragnehmerin unterwirft sich zudem den Vorschriften der DSGVO und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG, veröffentlicht am 05.07.2017 im Bundesgesetzblatt Teil I Nr. 44), die für öffentliche Stellen des Bundes gelten. Bei der Verarbeitung und Nutzung von Daten hat die Auftragnehmerin insbesondere diese getrennt von den Daten Dritter zu halten. Der Zugriff Dritter auf diese Daten ist auszuschließen. Dazu trifft die Auftragnehmerin die notwendigen technischen und organisatorischen Vorkehrungen (Art. 32 DSGVO). Dies gilt auch für die Aufbewahrung von Unterlagen im Zusammenhang mit diesem Vertrag.

(4) Die Bestimmungen zum Schutz der erhobenen Daten (Sozialdaten) gemäß SGB X, Kapitel 2 sind einzuhalten. Die Auftragnehmerin teilt der für den Datenschutz verantwortlichen Stelle (hier: BAuA) auf Wunsch schriftlich mit, welche Maßnahmen sie gemäß §78a SGB X zum Schutz der Daten insbesondere vor Veränderung oder dem Zugriff Unbefugter ergriffen hat.

(5) Die Auftragnehmerin unterwirft sich im Rahmen dieser Auftragsverarbeitung der umfassenden Kontrolle ihrer Vertragserfüllung (Art. 28 Abs. 3 DSGVO), insbesondere auch die für die BAuA zuständigen Aufsichts- und Kontrollstellen, einschließlich des/r Beauftragten für den Datenschutz im BMI. Dies umfasst unter anderem die uneingeschränkte Einsicht in Probandenakten, umfassenden Zugang zu den für die Aktenführung verwendeten Softwareprodukten, die Übergabe von Sicherheitskonzepten zur Evaluation, die Überprüfung der Arbeitsabläufe hinsichtlich des Datenschutzes. Die Auftragnehmerin wirkt bei der Erstellung der Datenschutzerklärung und der Datenschutzfolgeabschätzung mit. Zur Erfüllung der datenschutzrechtlichen Prüfungspflichten kann sich die Leitung der BAuA Dritter, insbesondere der Unterstützung des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), bedienen.

- (6) Des Weiteren unterliegt die Auftragnehmerin aufgrund gesetzlicher und berufsrechtlicher Vorschriften der ärztlichen Schweigepflicht.
- (7) Die Auftragnehmerin hat die mit der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus diesem Vertrag betrauten Personen auf das Datenschutzgeheimnis zu verpflichten. Die Auftragnehmerin hat sicherzustellen, dass die Geheimhaltung/Verschwiegenheitspflicht nach Abs. 1 und 6 bestehen bleibt, auch wenn das Arbeitsverhältnis zwischen ihr und ihren Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen beendet wird.
- (8) Die Auftragnehmerin hat gemäß Art. 28 Abs. 4 DSGVO die Daten, die im Auftrag verarbeitet werden, nach Weisung der Leitung der BAuA zu berichtigen, zu löschen oder zu sperren.
- (9) Von dienstlichen Schriftstücken, von Zeichnungen etc., die der Auftragnehmerin in Ausführung dieses Vertrags zugänglich gemacht werden, dürfen ohne vorherige Zustimmung der BAuA oder sonstiger Verfügungsberechtigter keine Vervielfältigungen hergestellt werden. Die Auftragnehmerin sichert die vorbezeichneten Unterlagen einschl. gefertigter Vervielfältigungen gegen Kenntnisnahme durch Unbefugte. Die ärztlichen Zeugnisse und gutachtlichen Stellungnahmen sendet sie der BAuA in einem verschlossenen Umschlag, der als vertrauliche Personalangelegenheit zu kennzeichnen ist, direkt zu. Ausschließlich ärztliche Unterlagen sind als vertrauliche Arztsache zu kennzeichnen.
- (10) Bei Ende des Vertrags hat die Auftragnehmerin sämtliche Akten bzw. gespeicherten Daten über die betreuten Beschäftigten sowie Besprechungsunterlagen der BAuA in gehörige Obhut zu übergeben. Im Fall der elektronischen Aktenübergabe muss die Übergabe der Daten medienbruchfrei und unter Angabe der Datenbankstrukturen erfolgen. Die Daten auf den Datenträgern der Auftragnehmerin sind unwiederbringlich zu löschen, über die Löschung ist ein Protokoll zu erstellen. Dies schließt auch Daten in Backups ein. Die BAuA ist berechtigt, sich von der Endgültigkeit der Löschung zu überzeugen. Abs.5 gilt entsprechend.
- (11) Bei Ausscheiden bzw. Versetzung eines/einer Beschäftigten der BAuA wird die betriebsärztliche Gesundheitsakte als „Arztsache“ verschlossen an die Leitung des Arbeitsschutzes übersandt.
- (12) Die betriebsärztlichen Akten der Beschäftigten der BAuA sind getrennt von denen der anderen Kunden der Auftragnehmerin zu lagern.

(13) Die mit der Erfüllung und –Überprüfung des Vertrags beauftragten Personen sind verpflichtet, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln.

§ 8 Besondere Aufgaben der BAuA

(1) Die BAuA erteilt der Auftragnehmerin die für eine ordnungsgemäße Durchführung der vertraglichen Aufgaben erforderlichen Informationen und Auskünfte. Die Leitung des internen Arbeitsschutzes wird sie dabei unterstützen. Soweit es sich nicht um öffentlich zugängliche Regelungen handelt, werden die Unterlagen von der BAuA zur Verfügung gestellt.

(2) Die BAuA führt eine Vorsorgekartei nach der ArbMedVV mit Angaben, ob, wann und aus welchen Anlässen arbeitsmedizinische Vorsorge stattgefunden hat. Die Kartei kann elektronisch geführt werden.

(3) Die BAuA teilt der Auftragnehmerin eine Ansprechperson sowie deren Vertretung für sämtliche Fragen im Zusammenhang mit der Durchführung des Vertrags mit.

(4) Die BAuA stellt der Auftragnehmerin für die Betreuung der Beschäftigten möglichst in der Dienststelle oder in räumlicher Nähe hierzu geeignete Räumlichkeiten mit zweckdienlicher Einrichtung (ohne medizinische Geräte) für die medizinische Dokumentation zur Verfügung. Ein Anspruch auf geeignete Räumlichkeiten bzw. Räumlichkeiten unmittelbar in der Dienststelle besteht jedoch nicht. Die regelmäßige Reinigung der Räume der BAuA ist Aufgabe der BAuA.

(5) Die BAuA erteilt Untersuchungsaufträge grundsätzlich schriftlich, z.B per Mail.

(6) Die BAuA sorgt nach Möglichkeit dafür, dass die in den Dienststellen zu erbringenden Leistungen zeitlich zusammengefasst werden. Langfristig planbare bzw. regelmäßig wiederkehrende Termine sind bei der Jahresplanung zu berücksichtigen.

(7) Die Einladung zu Arbeitsschutzausschusssitzungen, an denen die Ärztinnen und Ärzte der Auftragnehmerin verpflichtet sind teilzunehmen, erfolgt mindestens 14 Tage vorher und ist von der BAuA nachweisbar zu versenden.

(8) Leistungsstörungen sind zwischen BAuA und Auftragnehmerin zu besprechen und von der BAuA zu dokumentieren.

§ 9 Einsatzzeit

(1) Die Auftragnehmerin erfüllt die in Buchstabe A und B Leistungsbeschreibung genannten arbeitsmedizinischen Aufgaben sowie die in der Leistungsbeschreibung genannten besonderen Aufgaben und Dokumentationspflichten im Rahmen der Einsatzzeiten entsprechend der BsiB-AVwV.

Die für diesen Vertrag geltende jährliche Einsatzzeit bei der BAuA ist damit auf der Grundlage der angegebenen Beschäftigtenzahl festgelegt.

(2) Zu Beginn des Vertrags und zu Beginn eines jeden Kalenderjahres ist mit den Ansprechpersonen bei der BAuA ein Arbeitsprogramm auf der Grundlage der festgelegten Einsatzzeiten aufzustellen und schriftlich niederzulegen. Geht der Leistungsbedarf im Ergebnis der Ermittlung der Gefährdungsbeurteilung über die im Arbeitsprogramm festgelegten Leistungen und Einsatzzeiten hinaus, können zusätzliche Einsatzstunden zwischen der BAuA und der Auftragnehmerin schriftlich vereinbart werden. Das in Satz 2 genannte Verfahren gilt auch für zusätzlichen Leistungsbedarf, der infolge geänderter Einsatzzeiten aufgrund von Rechtsvorschriften eintritt. Die Abrechnung dieser Leistungen erfolgt nach dem im Preisblatt enthaltenen Stundensatz für die betriebsärztliche Betreuung.

(3) Als Einsatzzeiten gelten sämtliche arbeitsmedizinischen Beratungen außerhalb der ArbMedVV, die Durchführung von Sprechstunden, Begehungen und Besprechungen, dazu gehören auch betriebsspezifische Zeiten für Auswertungen und Aktenarbeit. Auch die verpflichtende Teilnahme an den Arbeitsschutzausschusssitzungen und den Sitzungen der für die Gesundheit zuständigen Gremien, soweit dies die BAuA für erforderlich hält, sind Einsatzzeiten. Dieses ist in dem nach Abs. 2 zu erstellenden Arbeitsprogramm zu berücksichtigen. Zeiten zur Einarbeitung oder Vorstellung einer Ärztin oder eines Arztes der Auftragnehmerin sind keine Einsatzzeiten zu Lasten der BAuA und werden nicht gesondert vergütet.

(4) Zeiten zur Durchführung der arbeitsmedizinischen Vorsorge sowie Leistungen nach speziellen Rechtsvorschriften wie z. B. BiostoffV, FeV, GefstoffV, RöV und die Durchführung der Schutzimpfungen nach werden nicht auf die Einsatzzeiten angerechnet. Diese Leistungen müssen zwischen der BAuA und der Auftragnehmerin schriftlich vereinbart werden. Die Abrechnung dieser Leistungen erfolgt nach den im Preisblatt vereinbarten Festbeträgen.

(5) Wegezeiten und Rüstzeiten gehören nicht zu den Einsatzzeiten. Auf Veranlassung durch die BAuA entstehende Einsatzzeiten nach Absatz 3 außerhalb der

Dienststelle sind anrechenbar. Hierfür anfallende Reisezeiten sind mit den Reisekosten vergütet (vgl. § 4 (5)).

§ 10 Klärung von Fragen in der Vertragserfüllung und Ansprechpersonen

(1) Zur Klärung von Vertragsfragen werden anlassbezogene Gespräche zwischen der Auftraggeberin und der Auftragnehmerin durchgeführt.

(2) Ansprechpersonen für Fragen der Vertragsdurchführung

Ansprechperson der Auftragnehmerin:

Name:

Vorname:

Telefonnummer:

E-Mail- Adresse:

Ansprechperson der Auftraggeberin:

Name:

Vorname:

Telefonnummer:

E-Mail- Adresse:

§ 11 Terminstornierung und -verschiebung

(1) Sagt die BAuA termingebundene Dienstleistungen nicht mindestens 2 Werktage (Montag bis Freitag) vor dem vereinbarten Termin ab, so kann der volle Kostensatz, inklusive Umsatzsteuer, für die geplante Leistung abgerechnet werden, nicht jedoch die Vorhaltezeit. Für Reisekosten gilt dieses jedoch nur insoweit, wie tatsächliche Kosten entstanden sind.

(2) Bei Absagen durch die Auftragnehmerin kann die ursprünglich geforderte Dienstleistung zu einem mit der BAuA neu abzustimmenden Termin auf Kosten der Auftragnehmerin gefordert werden, sofern die Absage nicht 2 Arbeitstage (Mo – Fr) vor dem Termintag erfolgt ist.

§ 12 Vertragsstrafe

- (1) Für jeden Fall der schuldhaften Zuwiderhandlung gegen die Verpflichtung, auf schriftliche Nachfrage der BAuA, ein gültiges Fortbildungszertifikat der bei ihr eingesetzten Ärzte und Ärztinnen vorzulegen, ist die Leitung der BAuA berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von 300,- Euro pro betroffenem Arzt/betroffener Ärztin zu verlangen.
- (2) Für jeden Fall der schuldhaften Zuwiderhandlung gegen die Verpflichtung, einen Weiterbildungsassistenten / eine Weiterbildungsassistentin nur mit Genehmigung durch die Auftraggeberin als Betriebsarzt/Betriebsärztin einzusetzen, ist sie berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von 200,00 Euro pro betroffenem Weiterbildungsassistent / Weiterbildungsassistentin zu verlangen.
- (3) Für jeden Fall der schuldhaften Zuwiderhandlung gegen die Verpflichtung, an einer ASA-Sitzung teilzunehmen, ist die BAuA berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von 300,- Euro pro dokumentierten Fall zu verlangen, wenn der Termin abgestimmt war und die Einladung mindestens 14 Tage vorher erfolgte.
- (4) Bei mehreren Verstößen während der Vertragslaufzeit ist die Gesamtsumme der Vertragsstrafe begrenzt auf 5% des Gesamtauftragswertes.
- (5) Die Forderung kann gegen die Honorarforderung der Auftragnehmerin aufgerechnet werden.
- (6) Aufrechnungen der Auftragnehmerin mit Forderungen der Auftraggeberin sind nur zulässig, soweit die Forderung, mit der die Auftragnehmerin aufrechnen will, unstreitig oder gerichtlich rechtskräftig festgestellt ist und die Voraussetzungen des § 395 BGB erfüllt sind.
- (7) Weitergehende gesetzliche Ansprüche, insbesondere Schadensersatzansprüche, bleiben vorbehalten.

§ 13 Haftung

- (1) Die Auftragnehmerin haftet für Schäden, die der Auftraggeberin und dessen Mitarbeiter/innen, bzw. beihilfeberechtigten Angehörigen durch schuldhafte Verletzung der vertraglichen Pflichten entstehen.

(2) Die Auftragnehmerin verpflichtet sich, die Auftraggeberin im Innenverhältnis von etwaigen Schadensersatzansprüchen aller Art, die Dritte im Zusammenhang mit der Erfüllung des Vertrags geltend machen könnten, freizustellen.

(3) Die Auftragnehmerin schließt eine verkehrsübliche Haftpflichtversicherung mit folgenden Mindestdeckungssummen ab:

- 10.000.000 Euro für Personenschäden im Einzelfall,
- 10.000.000 Euro für Sachschäden im Einzelfall,
- 5.000.000 Euro für Vermögensschäden im Einzelfall.

(4) Die Auftragnehmerin weist nach, dass sie die jährlichen Beiträge zur Haftpflichtversicherung fristgemäß zahlt. Dazu legt sie einen Nachweis den Tätigkeitsberichten für die BAuA bei.

§ 14 Kündigung

(1) Die BAuA hat das Recht, im Falle einer erheblichen Störung des Vertrauensverhältnisses einzelne Beschäftigte der Auftragnehmerin von der Betreuung zurückzuweisen.

(2) Die Auftraggeberin und die Auftragnehmerin können den Vertrag ohne Angabe von Gründen mit einer Frist von 6 Monaten zum Monatsende, erstmals zum 31.07.2027, kündigen.

(2) Die Auftraggeberin kann bei einem Verstoß gegen Ziffer 6 Leistungsbeschreibung diesen Vertrag außerordentlich kündigen. Die Kündigungsfrist beträgt 1 Monat.

(3) Im Übrigen richtet sich das Recht der außerordentlichen Kündigung nach § 20 AGB (Anlage 4).

(4) Es gelten die in diesem Vertrag vereinbarten Abwicklungsregelungen (§ 7 Abs. 10).

(5) Die Form der Kündigung richtet sich nach § 22 Abs. 1 AGB (Anlage 4). Beschaffungsamt des BMI für die Auftragnehmerin

§ 15 Schlussvorschriften

(1) Erfüllungsort ist Dortmund.

(2) Gerichtsstand ist Dortmund.

(3) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Vertragsschluss unwirksam oder undurchführbar werden, bleibt davon die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen unberührt.

Datum, Ort

Datum, Ort

Unterschrift (Verantwortlicher)

Unterschrift (Auftragsverarbeiter)

Name, Vorname, Funktion

Name, Vorname, Funktion